

# Keine Freizügigkeit für Kroaten

## Schweiz setzt Abkommen nach Referendum aus

BERN - Als erste Konsequenz aus dem Volksentscheid zur Zuwanderung wird die Schweiz dem neuen EU-Mitglied Kroatien keine Freizügigkeit gewähren. Dies teilte die Schweizer Justizministerin Simonetta Sommaruga der kroatischen Außenministerin Vesna Pusic mit.

Die neue Verfassungsbestimmung untersagt ab sofort den Abschluss völkerrechtlicher Verträge, die eine unbegrenzte Zuwanderung bedeuten würden. Das vorliegende Protokoll gewähre Kroatien aber nach zehn Jahren volle Freizügigkeit. Der Bundesrat prüfe nun mögliche Lösungen, die Kroatien nicht diskriminierten, teilte Sommaruga weiter mit. Die Schweizer hatten am vergangenen Sonntag mit knapper Mehrheit einer Volksinitiative gegen „Masseneinwanderung“ zugestimmt.

Die national-konservative Schweizer Volkspartei (SVP) als Initiatorin der Volksinitiative drückt aufs Tempo. Fragen der Kontingentierung könnten „auf dem Verordnungsweg sofort gelöst werden“, sagte SVP-Chef Toni Brunner der Zeitung „Schweiz am Sonntag“.

Er sehe eine „massive Einwanderungswelle“ auf das Land zukommen, wenn vom Juni an die volle Freizügigkeit mit den EU-Oststaaten und im Sommer 2016 mit Rumänien und Bulgarien gelte.

Aus Sicht der Sozialdemokraten (SP) kommt eine neue Volksabstimmung in Betracht, sobald die bilateralen Verträge mit der EU gekündigt werden müssten. Das Volk müsse wählen können zwischen der Umsetzung der Initiative und der Sicherung des bilateralen Wegs, sagte SP-Chef Christian Levrat der „Sonntagszeitung“. Die Eidgenossen hätten die Initiative angenommen im Glauben, sie sei mit den bilateralen Verträgen vereinbar. Nach einer repräsentativen Umfrage des „Sonntagsblicks“ sind 74 Prozent der Schweizer für die Beibehaltung dieser Verträge.

Unterdessen wollen die finanzstarken Kantone, die gegen die Volksabstimmung gestimmt hatten, den Finanzausgleich überdenken. Ausgerechnet die Empfängerkantone hätten mit ihrem „Ja“ zur Initiative den starken Kantonen Steine in den Weg gelegt, sagte der Genfer Staatsrat Pierre Maudet. Mit ihrem Votum zur Begrenzung der Zuwanderung verstießen die Eidgenossen gegen das Recht auf Personenfreizügigkeit und riskieren den Verlust des privilegierten Zugangs zum EU-Binnenmarkt.



Entscheidung der Eidgenossen: Die Zuwanderung in ihr Land wird begrenzt. Foto: dpa

# Regierung will Botschaften ins Visier nehmen

BERLIN - Als Reaktion auf die NSA-Abhör-affäre erwägt die Bundesregierung einem Magazinbericht zufolge, westliche Geheimdienste in Deutschland durch eigene Agenten zu beobachten. Im Bundesamt für Verfassungsschutz gebe es bereits Pläne, die Abteilung Spionageabwehr auszubauen und die Botschaften von Partnerländern wie den USA und Großbritannien einer „Sockelbeobachtung“ zu unterziehen, berichtete „Der Spiegel“ ohne Angabe von Quellen. Dem Bericht zufolge sollten genaue Kenntnisse über diplomatisch akkreditierte Nachrichtendienst-Mitarbeiter in Deutschland und über die technische Ausstattung von Botschaftsgebäuden erlangt werden.

Eine Regierungssprecherin bestätigte dem Nachrichtenmagazin zudem, dass es Bemühungen durch chinesische Geheimdienste gegeben habe, die Informationssicherheit im Kanzleramt zu kompromittieren. Diese hätten aber abgewehrt werden können. Dem Blatt zufolge wurden im September im Vorfeld des G-20-Gipfels in St. Petersburg E-Mails an hochrangige Mitarbeiter mehrerer Bundesministerien und Banken verschickt. So sei ein Informationsaustausch unter den sogenannten Sherpas, die den Gipfel vorbereiteten, vorgegaukelt worden. Die in der Mail enthaltene Schadsoftware sollte die Ergebnisse nach China liefern.



Pro Europa. Eine große Mehrheit der Linkspartei stimmte für das Europawahlprogramm. Es enthält scharfe Kritik, aber auch einen Neuentwurf für die EU.

Foto: Bodo Marks/dpa

# Europa – passend gemacht

## Die kontroverse Debatte über die EU-Politik zeigt, wie groß die Gegensätze bei der Linken weiterhin sind. Doch beim Parteitag in Hamburg geben sich die Genossen kompromissbereit

VON MATTHIAS MEISNER, HAMBURG

Zuweilen geschehen in der Provinz revolutionäre Dinge. Jan Korte, ein junger Bundestagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt, hat dafür ein Beispiel parat, als er auf dem Linken-Europaparteitag am Wochenende in Hamburg ans Rednerpult tritt. Von der Sanierung des Leninplatzes in der Gemeinde Könnern in seinem Wahlkreis berichtet er, und das gefördert aus Mitteln der Europäischen Union. Was in dem Städtchen sogar auf einem großen Schild für alle zu lesen war.

Der Pragmatiker Korte verbindet die Unterrichtung über die Lenin-Subvention aus Brüssel mit dem dringenden Appell an seine Genossen, mit der EU nicht so feindselig umzugehen. Eine andere Tonalität fordert er, andere Vokabeln. Wer nur auf die Radikalität der Parole achte, mache aus der Linken eine „Gartenzwerge- oder Volksmusik-Linke“, warnt er. Korte will eine Rockmusik-Linke.

Man darf diese Wortmeldung als Replik auf Sahra Wagenknecht verstehen. Die Wortführerin des linken Parteiflügels hat kurz vor Korte gesprochen. Ziemlich missgelaunt ist sie nach Hamburg gereist. Verunsichert, ob die Reformer bei der Aufstellung der Kandidaten durchziehen werden. Sauer, weil sie den Kompromiss zum Wahlprogramm nicht gut findet. Aus ihrer Sicht haben sich die hessi-

schen Genossen über den Tisch ziehen lassen.

Nur nach Gezerre hinter den Kulissen ist der stellvertretenden Vorsitzenden von Partei und Bundestagsfraktion ein gesetzter Vier-Minuten-Parteitag im Congress-Centrum zugebilligt worden. Wagenknecht nutzt ihn, um einerseits den Vorwurf als „vollkommen absurd“ zu bezeichnen, dass es in der Linkspartei Anti-Europäer gebe. Und andererseits die EU als „Fassadendemokratie“ und „Lobbyistenklub von Banken und Konzernen“ abzukanzeln.

Die politische Spannweite in der Linken ist nach wie vor außerordentlich groß – die Europapolitik gibt dafür nur ein Beispiel. Aber die Auseinandersetzungen führen nicht mehr zu Selbsterleuchtungsprozessen, wie sie bis 2012, unter der Führung von Gesine Lötzsch und Klaus Ernst, an der Tagesordnung waren.

In diesem Sinne verabschiedet der Parteitag ein Wahlprogramm, das wie ein gut sortierter Gemischtwarenladen für jeden Genossen und Anhänger etwas bietet. Scharfe Kritik an der EU, die „ihr Ziel, Frieden – auch sozialen – zu schaffen und zu erhalten, aus den Augen verloren“ habe. Und andererseits der Entwurf für ein Europa, „das sozialer, gerechter, ökologischer, feministischer, friedlicher und welt-offener“ sein soll. Parteichefin Katja Kipping twittert anschließend, der Kompro-

miss enthalte so viel EU-Kritik wie nötig und so viele Reformideen wie möglich.

In ähnlichem Sinne einigt sich der Konvent auch auf eine Kandidatenliste für die Europawahl im Mai, die fast allen passt. Die recht blasse und rhetorisch ziemlich ungebate Ex-PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer bekommt Platz eins. Den Ausschlag gibt, dass sie in Brüssel als fleißige Sachbearbeiterin mit allerlei Fremdsprachentalent geschätzt wird. Aber die Kandidaten-Namen sind gar nicht so wichtig. Entscheidend ist, dass später Wagenknecht vor Fernsehkameras von einer „ausgewogenen Liste“ spricht. Und die Ost-Reformer auch ganz zufrieden mit dem sind, was sie herausgeholt haben. Hamburg ist der erste Parteitag gewesen, bei dem die West-Landesverbände nicht mehr beim Delegiertenschlüssel bevorzugt werden, wie er 2007 beim Zusammenschluss von PDS und WASG eingeführt worden war.

Der Rest? Polit-Folklore, wie sie zur Linken eben gehört. Zum Beispiel der hessische Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrcke, ein gealterter Ex-Funktionär der DKP, der vor den Delegierten wettert, die Partei dürfe sich von den anderen Parteien nicht den Europa-Kurs vorschreiben las-

sen. Oder Lucy Redler. Die Trotzkinistin war mal eine Rebellin in der WASG, 2006 organisierte sie den konkurrierenden Antritt gegen die PDS bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl. Jahrelang wollte man sie bei der Linken nicht dabei haben, nun ist sie erstmals Delegierte auf einem Parteitag – für die radikalen Sektierer von der Antikapitalistischen Linken. „Was mir gefällt, ist, dass sich die Partei von den Personalquerelen erholt hat“, sagt sie. Was ihr nicht passt: dass die Frage der Regierungsbeteiligungen „schwelt“ und nicht „offen diskutiert“ wird.

Und natürlich Gysi. Der will über ein Regierungsbündnis im Bund gerade nicht diskutieren, weil sich doch die Frage „zur Zeit überhaupt nicht“ stelle. Und überhaupt: Die Linke sei „zu bedeutsam“, um sich in „Kleinkariertheit“ auf „bestimmte interne Auseinandersetzungen“ zu konzentrieren. Kipping sitzt am Sonntagmittag quetschvergnügt in der ersten Reihe. Es läuft gut für sie. Im Mai will sich die Dresdnerin auf dem nächsten Bundesparteitag in Berlin für eine weitere Amtszeit als Vorsitzende bestätigen lassen – ebenso wie ihr Ko-Chef Bernd Rixinger und der im Hintergrund sehr gewitzt agierende Parteimanager Matthias Höhn. Kipping bilanziert: „Alles in allem – als ob wir 'ne erwachsene Partei geworden sind.“

— Meinungsseite



Gabi Zimmer

# Gnadenlos gegen das System

## Der ukrainische Oppositionsführer Arsenij Jazenjuk gibt sich im Kampf gegen die Regierung unerbittlich. Heute ist er zusammen mit Vitali Klitschko zu Gast bei Kanzlerin Angela Merkel in Berlin

KIEW - Es ist ein grauer Samstagvormittag. Im Stadtzentrum von Kiew haben sich Veteranen des Afghanistankrieges der Sowjetunion eingefunden, um an das Ende der zehnjährigen Auseinandersetzung zu gedenken. Unter den Anwesenden fällt ein junger, hochgewachsener, etwas schlaksiger Mann mit Nerdbrille und Basecap auf. Arsenij Jazenjuk passt optisch nicht in die Gruppe, trotzdem kann er die Soldatenlieder der 1970er Jahre mitsingen, die die 500 Männer auf ihrem Weg zum Veteranen-Denkmal im Regierungsviertel Kiws anstimmten.

Die Afghanistan-Veteranen sind wichtig für den Fraktionschef der größten ukrainischen Oppositionspartei, sorgen sie doch mit für die Sicherheit auf dem Maidan in Kiew. Dort, wo seit fast drei Monaten tausende Menschen in Zelten ausharren, um gegen den autoritären Kurs von Präsident Viktor Janukowitsch zu protestieren. „Der Präsident verkörpert ein System, was 1991 untergegangen ist. Er lebt nach wie vor nach den Werten, die in der UdSSR gültig waren. Damit ist kein Neustart zu machen“, sagt der promovierte Wirtschaftswissenschaftler und Jurist Jazenjuk.

Der aus dem westukrainischen Czernowitz stammende Sohn eines Professors und einer Lehrerin für Fremdsprachen ist trotz seiner 39 Jahre ein erfahrener Politiker. Jazenjuk war bereits Außen- und Wirtschaftsminister sowie Parlaments-

sprecher. 2010 hat er an den Präsidentschaftswahlen teilgenommen. Er gilt als Befürworter eines Nato-Beitritts der Ukraine und plädiert für eine liberale Wirtschaftspolitik. „Die Ukraine muss ihre politische und wirtschaftliche Krise in den Griff bekommen. Wenn unsere Regierung das Assoziierungsabkommen mit der EU Ende 2013 unterzeichnet hätte, wäre das die Chance uns zu modernisieren“, sagt Jazenjuk. Russland hingegen „will nur eine neue Berliner Mauer aufbauen, dieses Mal verläuft die Grenze zwischen der Ukraine und der EU“.

Jazenjuk scheut selten einen Konflikt. Er sei manchmal zu selbstbewusst, finden einige seiner Parteifreunde. Seit der Inhaftierung der früheren Ministerpräsidentin Julia Timoschenko führt er deren Partei. Der sonst so kommunikative Jazenjuk wird wortkarg, wenn die Sprache auf Timoschenko kommt. Dabei hat er mit ihr in der vergangenen Woche ein vierstündiges Gespräch in ihrer Gefängniszelle geführt. Im Grunde lehnt die Vaterlandspartei jegliche Verhandlungen mit Janukowitsch ab, doch dazu gäbe es derzeit keine Alternative: „Wir können miteinander reden oder uns gegenseitig totschießen“, sagt Jazenjuk.

Nun gab es tatsächlich ein Entgegenkommen der Opposition: Am Sonntagvormittag wurde das Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung an die Behörden zurückgegeben. Und im Gegenzug erklärte die



Er kennt das Geschäft. Jazenjuk war schon Außen- und Wirtschaftsminister. Foto: dpa

waltung unterzeichnet. Jazenjuk kündigte am Sonntag vor den Demonstranten auf dem Maidan die Bildung einer Oppositionsregierung an.

Seit Beginn der politischen Krise in der Ukraine hat Jazenjuk oft mit Präsident Janukowitsch verhandelt. Es gab Gespräche mit den beiden anderen Oppositionspolitikern, dem Anführer der nationalistischen Swoboda, Oleg Tjanibok und mit Boxweltmeister Vitali Klitschko. Das Urteil Jazenjuks fällt vernichtend aus: „Janukowitschs Regierungsstil ähnelt den Zuständen am Kaiserhof in Byzanz.“ Der Präsident sei weder an Entscheidungen noch an Veränderungen interessiert. Das Angebot Janukowitschs, ihn zum Ministerpräsidenten zu machen, habe er ablehnen müssen. „Ich bin nicht käuflich, Mister President!“, sagte er am Sonntag dazu.

Den Besuch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel wird Jazenjuk an diesem Montag zusammen mit Vitali Klitschko absolvieren müssen. Die politische Opposition in der Ukraine beäugt sich nicht erst seit dem Ausbruch der Maidan-Proteste misstrauisch. Doch Jazenjuk ist zu sehr Profi, als dass er ein negatives Wort über einen der drei Oppositionspolitiker verlieren würde. Er beschreibt es anders: „Eine Demokratie lebt von mehreren Parteien, da ist der Wettbewerb vollkommen natürlich.“ Von dem Berlin-Besuch erhofft sich Jazenjuk vor allem eines: „politische Unterstützung“. NINA JEGLIŃSKI

## NACHRICHTEN

### DEUTSCHLAND Ex-Verteidigungsminister Rühle vor politischem Comeback

BERLIN - Der frühere Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) kehrt offenbar auf die politische Bühne zurück. Der 71-Jährige wird laut „Spiegel“ eine vom Bundestag eingesetzte Kommission mitteilen. Diese solle über die künftige Parlamentsbeteiligung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr beraten. dpa

### TÜRKEI EU bittet Ankara um Hilfe bei Militäreinsatz in Zentralafrika

ANKARA - Die Europäische Union (EU) hat nach Angaben aus türkischen Regierungskreisen die Führung in Ankara um Unterstützung bei dem Militäreinsatz in der Zentralafrikanischen Republik gebeten. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton habe in einem Brief an die türkische Regierung nach den Möglichkeiten zur Unterstützung des geplanten Einsatzes in dem Bürgerkriegsland gefragt, hieß es. Ashton hatte am Wochenende erklärt, die Europäische Union erwäge die Entsendung von etwa 1000 Soldaten in den von Chaos und Gewalt geplagten Krisenstaat. AFP

### RUSSLAND De Maizière kritisiert Urteil gegen russischen Umweltaktivisten

SOTSCHI - Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat die Verurteilung des russischen Umweltaktivisten Jewgeni Witschko zu drei Jahren Lagerhaft als „ziemlich unverhältnismäßig“ kritisiert. Witschko wirft den Organisatoren der Winterspiele Umweltzerstörung vor. Russland müsse eine Diskussion über Naturschutz aushalten, sagte de Maizière am Sonntag. dpa

## DER TAGESSPIEGEL

ZEITUNG FÜR BERLIN UND DEUTSCHLAND  
 Pflichtblatt der Börse Berlin  
 Verleger: Dieter von Holtzbrinck  
 Herausgeber: Giovanni di Lorenzo, Sebastian Turner  
 Chefredakteur: Stephan-Andreas Casdorff, Lorenz Maroldt  
 Berater der Chefredaktion: Gerd Appenzeller  
 Geschäftsführende Redakteur: Moritz Döbler, Dr. Christoph von Marschall  
 Leitende Redakteur: Ingrid Müller, Gerd Nowakowski, Lutz Haverkamp (Newsroom), Markus Hesselmann (Online), Malte Lehming (Meinung), Norbert Thomma (Sonntag)  
 Autoren: Harald Martenstein, Dr. Hermann Rudolph  
 Ressortleitungen: Politik: Juliane Schübbe, Berlin: Robert Ide, Wirtschaft: Kevin P. Hoffmann, Heike Jahberg, Sport: Friedhard Teuffel, Kultur: Christiane Peitz, Rüdiger Schaper, Wissen/Forschen: Dr. Hartmut Wewetzer  
 Verantwortliche Redakteur: Katja Füssel (Die Dritte Seite), Dr. Moritz Schuller (Meinung/Politische Literatur), Dr. Anja Kühne (Bildung), Dr. Joachim Huber (Medien), Rolf Brockschmidt (Beilagen/Sonderbeilagen), Ulrich Amling (Ticker/Spielzeit), Ingo Bach (Gesundheitsprojekte), Stephan Wiehler (Projekte/Entwicklung)  
 Redakteure für besondere Aufgaben: Dr. Peter von Becker (Kulturautor), Dr. Elisabeth Binder, Armin Lehmann, Bernd Matthies, Jost Müller-Neuhof (Rechtspolitischer Korrespondent), Harald Schumann, Helmut Schümann  
 Reporter: Werner von Beber, Delke Diening, Caroline Fettscher, Sven Goldmann, Frank Jansen  
 Parlamentsredaktion: Antje Sirlschott (Leitung), Robert Birbaum (Reporter), Cordula Eubel, Hans Monath, Christian Treiber  
 Redaktionsbüros: Washington: Barbara Junge, Potsdam: Thorsten Metzner  
 Chefin vom Dienst: Patricia Wolf  
 Artredaktion: Ursula Dahmen, Bettina Seuffert  
 Fotoredaktion: Kai-Uwe Heinrich  
 Die Redaktionen von „Der Tagesspiegel“, Berlin, und „Handelsblatt“, Düsseldorf, kooperieren.  
 Verlag Der Tagesspiegel GmbH  
 Geschäftsführung: Florian Kranefeld  
 Verlagsleitung (Projekte): Thomas Wurster  
 Vertriebs- und Marketingleitung: Axel König  
 Anzeigenleitung: Jens Robotta, Philipp Nadler  
 Registergericht: AG Charlottenburg 93 HRB 43850  
 Erfüllungsort und Gerichtsstand: Berlin-Tiergarten  
 Postanschrift: 10876 Berlin  
 Hausanschrift: Askaniischer Platz 3, 10963 Berlin  
 Sammel-Telefon (030) 29021-0  
 Sammel-Telefax (030) 29021-12090  
 Internet-Adresse: http://www.tagesspiegel.de  
 E-Mail: redaktion@tagesspiegel.de  
 leserservice@tagesspiegel.de  
 Druck: Druckhaus Spandau, Brunnsbüdeler Damm 156 - 172, 13581 Berlin  
 Mitbegründet von Erik Keger und Alther Karsch, fortgeführt von Gerd Müller und Dieter von Holtzbrinck  
 Zentraler Abonnementsservice: Tel. (030) 290 21-500  
 Zentraler Anzeigenservice: Tel. (030) 290 21-570  
 Geschäftsstelle: 10963 Berlin, Askaniischer Platz 3  
 Monatlicher Abonnementpreis bei täglicher Erscheinungsweise: in Berlin und Brandenburg 34,40 € (Quartal 103,20 €, Halbj. 200,20 €, jährlich 392,20 €), überregional 34,70 € (Quartal 104,10 €, Halbj. 201,95 €, jährlich 395,60 €); Premium-Abo 36,80 € (inkl. „Zitty“ 14-tägig, nur in Berlin und Brandenburg, Quartal 110,40 €, Halbj. 214,20 €, jährlich 419,50 €); Wirtschafts-Kombiabo 35,40 € (inkl. „Tagesspiegel Köpfe“ zehnmal jährlich, Quartal 106,20 €, Halbj. 206,05 €, jährlich 403,55 €), überregional 35,70 € (Quartal 107,10 €, Halbj. 207,80 €, jährlich 407,00 €); Kombiabo mit „Boothsandel“ (einmal monatlich) 34,60 € (Quartal 103,80 €, Halbj. 201,40 €, jährlich 394,45 €), überregional 34,90 € (Quartal 104,70 €, Halbj. 203,15 €, jährlich 406,25 €); Studenten einheitlich 17,20 € monatlich; Premium-Studentenabo einheitlich 20,20 € monatlich (inkl. „Zitty“ 14-tägig, nur in Berlin und Brandenburg); Wirtschafts-Kombiabo Studenten 18,20 € (inkl. „Tagesspiegel Köpfe“ zehnmal jährlich); Kombi-Studentenabo mit „Handelsblatt“ börsentäglich einheitlich 32,50 € monatlich; inkl. 7% Umsatzsteuer und Zustellung innerhalb Deutschlands. Die Abonnementgebühren sind im Voraus fällig. Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53.  
 Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandene Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Nutzungsrechte für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Tel. 030 / 28 49 30 oder www.presse-monitor.de  
 Wir verwenden Zeitungspapier mit hohem Altpapieranteil